

Betriebe, Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände ihre Eigenverantwortung im Rahmen der zentralen staatlichen Planung und Leitung wahrnehmen.

Auch die neue Fassung des Artikels 12, Absatz 2, hebt diesen Zusammenhang klar hervor. Wir haben Anlaß, diese Angelegenheit auch verfassungsrechtlich eindeutig klarzustellen; denn das westdeutsche Monopolkapital und sein Sprachrohr, die Springer-Presse, versuchen in letzter Zeit immer häufiger, uns Empfehlungen für die Entwicklung und die Organisierung unserer Wirtschaft zu geben. Sie sind bemüht, uns unter dem Deckmantel der „Dezentralisation“ der Wirtschaft und der sogenannten Selbstverwaltung der Betriebe die Liberalisierung schmackhaft zu machen. Die wahren Absichten der Urheber dieser Kampagne für „Dezentralisierung“ und „Selbstverwaltung“ wurden in der Verfassungsdiskussion von vielen Arbeitern selbst enthüllt. Während das Monopolkapital im Interesse seines Profits die Wirtschaft immer stärker konzentriert und auch die Wissenschaft in den Händen einer kleinen Zahl von Monopolisten zusammenfaßt, sollen wir unsere Wirtschaft schwächen und damit die Möglichkeit zur Mehrung des Reichtums des Volkes vergeben. Schon deshalb kommt für uns eine „Selbstverwaltung“ der Betriebe überhaupt nicht in Frage. Der volkseigene sozialistische Produktionsbetrieb ist die entscheidende wirtschaftliche Basis der sozialistischen Ordnung. Hier wird der Reproduktionsprozeß gestaltet und in erster Linie über die Effektivität der Volkswirtschaft entschieden.

Deshalb handelt es sich bei allen verfassungsrechtlichen Festlegungen zu den Fragen der Planung und der eigenverantwortlichen Tätigkeit der Betriebe nicht um deklarative Formeln, sondern um verbindliche und klare Regelungen für unser Volkswirtschaftssystem, für die Betriebe aller Wirtschaftsbereiche, für die WB, die Ministerien und die anderen zentralen Staatsorgane, damit das ökonomische System des Sozialismus zielstrebig verwirklicht wird. Es geht dabei um die wachsende Beherrschung wissenschaftlicher Leitungsmethoden und um die sozialistische Bewußtseinsbildung. Alle Formen und Methoden administrativer Einengung hindern die Entfaltung der Initiative der Menschen, die Durchsetzung der Triebkräfte des Sozialismus, ebenso wie alle Absichten nach einer „Dezentralisierung“.

In einer Reihe von Zuschriften wurde vor geschlagen, die Nutzung des Bodens umfassender in einem gesonderten Artikel zu regeln. Dabei brachten vor allem Genossenschaftsbauern zum Ausdruck, daß der